

II-4528 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2284 /J

1986 -07- 11

A n f r a g e

der Abgeordneten Mag. Kabas, Dr. Rieder
und Genossen
an den Herrn Bundesminister für Justiz
betreffend Stand der Ermittlungen im Bundesländerversicherungs-
Skandal

Während die Bundesländerversicherung nach den Worten ihres
Generaldirektors die Angelegenheit für bereits abgeschlossen
erklärt und die ÖVP sich heimlich aus ihrer politischen Ver-
antwortlichkeit stehlen will, harrt die Öffentlichkeit noch
immer auf eine umfassende Aufklärung dieses Millionenskandals
im Dunstkreis der ÖVP.

Obwohl seit dem Aufliegen des Skandals schon beinahe ein
halbes Jahr verstrichen ist, hat die ÖVP bisher nicht die
geringste Konsequenz aus dem Skandal gezogen.

- o Noch immer ist der ÖVP-Aufsichtsrat einschließlich seines
Vorsitzenden Maurer im Amt, obwohl er seine Kontrollauf-
gaben gröblichst vernachlässigt und beim Vertuschungsversuch
aktiv mitgetan hat.
- o Noch immer haben die ÖVP-Verantwortlichen keine Schritte
unternommen, die Anteile der Bundesländer an dem Ver-
sicherungsunternehmen zu veräußern, sodaß es auch weiterhin
um die Verschwendung öffentlicher Mittel geht.
- o Noch immer sind die ÖVP-Organisationen, denen die Versicherungs-
gelder zugeflossen sind, Belege für die angeblich von der ÖVP
gekeilten Versicherungsabschlüsse zugunsten der Bundesländer-
versicherung schuldig geblieben. Damit bleibt auch weiterhin

- 2 -

der Verdacht, daß es sich bei den Provisionszahlungen aus Versicherungsgeldern an ÖVP-Teilorganisationen um versteckte Parteienfinanzierung handelt.

- o Noch immer bleibt die ÖVP die erforderlichen Klarstellungen schuldig, ob und welche ÖVP-Mitarbeiter weiterhin als "lebende Subvention" auf der Gehaltsliste der Bundesländerversicherung stehen und ob und wie lange noch die ÖVP an der Verquickung von Partei- und Versicherungsgeschäft festhalten will.

Während die gerichtlichen und behördlichen Untersuchungen und Ermittlungen im Gange sind, enthüllen Tageszeitungen und Zeitschriften immer neue Dimensionen des Skandals.

Es ist von "legendären Neuner-Konten" die Rede, die Provisionszahlungen betreffen und über die Parteienfinanzierung geflossen sein sollen. In diesem Zusammenhang taucht ein handschriftlicher Vermerk "für Wirtschaftsbund" auf. EX-Generaldirektor Ruso soll in einem gegen ihn angestregten Schadenersatzprozess bestätigt haben, "daß Geld in Parteikassen geflossen sei".

Es ist davon die Rede, daß die Söhne des ehemaligen Landeshauptmannes Niederl zusätzlich zu der schon sattem bekannten "Fünf Millionen-Gabe" von der Bundesländerversicherung auch noch "irrsinnig hohe Kredite zu atemberaubenden Konditionen" bekommen haben sollen.

Es ist von der Existenz von "Sonderkarteien" und vom "Brauch des Aktenziehens" die Rede, auf welchem Wege Schadensfälle konstruiert worden sein sollen, um für Dienstreisen das nötige "Kleingeld" zu haben. Unter dem Titel "Millionen flossen über Privatbüro auf den Bahamas" wird darüber berichtet, daß Direktoren der Bundesländerversicherung über die Rückversicherungsfirma "United Kingston" in unvereinbarer Weise Privatgeschäfte abgewickelt hätten.

- 3 -

Neuerdings ist der Bundesländerversicherungs-Skandal auch mit dem Fall Rabelbauer in einem Zusammenhang gebracht worden. Es ist davon die Rede, daß die Bundesländerversicherung an Rabelbauer in einem Schadensfall "überhöhte Zahlungen" geleistet haben soll.

Welche Weiterungen der Bundesländerversicherungs-Skandal mittlerweile genommen hat, zeigt sich auch an dem in den Medien wiederholt erwähnten Umstand, daß "die neuen Konten, über die mit gefälschten Schadensmeldungen Millionenbeträge behoben wurden, in den von der Bundesländerversicherung zusammengestellten Listen nicht aufscheinen". Ebenso ist im Zusammenhang mit den Rückflüssen veruntreuter Gelder davon die Rede, daß viele dieser Nehmer auf den vom Versicherungsunternehmen den Behörden zur Verfügung gestellten Listen nicht aufscheinen.

Gerade im Lichte der Kette immer neuer Medienenthüllungen ist es notwendig, daß die anhängigen Untersuchungen ebenso umfassend wie zügig geführt und bald zu einem Abschluß gebracht werden.

Umso ernster ist allerdings die Medienkritik zu nehmen, die jüngst am Vorgehen des Untersuchungsrichters des Landesgerichtes für Strafsachen Wien in dieser Strafsache geübt wird. Es ist davon die Rede, das Gericht "agiere schaumgebremst", der Untersuchungsrichter sei "völlig untätig". Andererseits wird bereits jetzt berichtet, daß es "ähnlich wie bei den AKH- und WBO-Prozessen auch im Bundesländer-Skandal eine ganze Prozeßserie geben werde". Dies wiederum ließe den Schluß zu, daß schon bald mit einem Abschluß der Erhebungen wenigstens in einem respektablen Teil des Komplexes zu rechnen ist.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Justiz folgende

A n f r a g e :

1. Wie ist der aktuelle Stand der Untersuchungen und Erhebungen

- 4 -

durch die Strafgerichte und die Wirtschaftspolizei im Zusammenhang mit dem Bundesländerversicherungs-Skandal ?

2. In welcher Weise werden die neuen Anschuldigungen und die Hinweise und Beweise, die ausserhalb der strafgerichtlichen Untersuchungen und Erhebungen, insbesondere im Zuge von Zivilprozessen, auftauchen bzw. sich ergeben, in die strafgerichtliche Überprüfung einbezogen ?
3. In welcher Weise haben sich die Strafverfolgungsbehörden im besonderen mit den Hinweisen auf die Kreditgewährung durch die Bundesländerversicherung, die für die Kreditnehmer aussergewöhnlich günstig, und damit für das Versicherungsunternehmen ausserordentlich ungünstig gewesen sein soll, befaßt ?
4. Entspricht die oben zitierte Medienkritik an der Säumigkeit des mit der Strafsache im Zusammenhang mit dem Bundesländerversicherungs-Skandal befaßten Richters den Tatsachen ?
5. Wann werden die Untersuchungen und Erhebungen in der Causa "Bundesländerversicherungs-Skandal" so weit abgeschlossen sein, daß mit der Endantragstellung der staatsanwaltschaftlichen Behörden wenigstens in einem Teil des Komplexes gerechnet werden kann ?